

Katholische Pfarrei Zu den Lübecker Märtyrern

Adresse 23552 Lübeck • Parade 4
Telefon 0451 • 70 987-65 (Pfarrbüro)
Kontakt kirchenvorstand@katholische-pfarrei-luebeck.de
Lübeck, den 10. Juli 2025

Protokoll der 17. Öffentlichen Sitzung (07/2025) des Kirchenvorstandes

07. Sitzung des Kirchenvorstandes 2025

Datum: Mittwoch, 10.07.2025

Uhrzeit: 19:15 – 22.00 Uhr

Ort: St. Vicelin, Mönkhofer Weg 84, 23562 Lübeck

Teilnehmer:

Propst Christoph Giering (Vorsitzender), Dr. Annette Stümpel, Dr. Hans-Otto Günter, Joachim Nürnberg, Andreas Hagenkötter, Dr. Philipp Solbach, Dr. Rosemarie Pulz, Thomas Gronemeyer, Dr. Norbert Brüggemann (9)

Beigezogen: Frau Barbara Gnaegi (Verwaltungskoordinatorin)

Gäste: Frau Daetz (aus Liebfrauen), Ansgar Speer

Entschuldigt: Dr. Alexander Bolz, Stephan Breil, Iwona Borowik, Stefanie Vollmert, Pastor Peter Otto, Alexander Stoltenberg

Tagesordnung

01 Begrüßung und Geistliches Wort

02 Regularien

2.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

2.2 Protokoll

2.2.1 Genehmigung Protokoll der Stzg. 16 am 04.06.2025

Protokoll

Das Protokoll wird mit einer Enthaltung genehmigt.

2.2.2 Protokollkontrolle - Umsetzung der Beschlüsse und Aufgaben

Alle verabschiedeten Protokolle stehen auf der Website zur Verfügung.

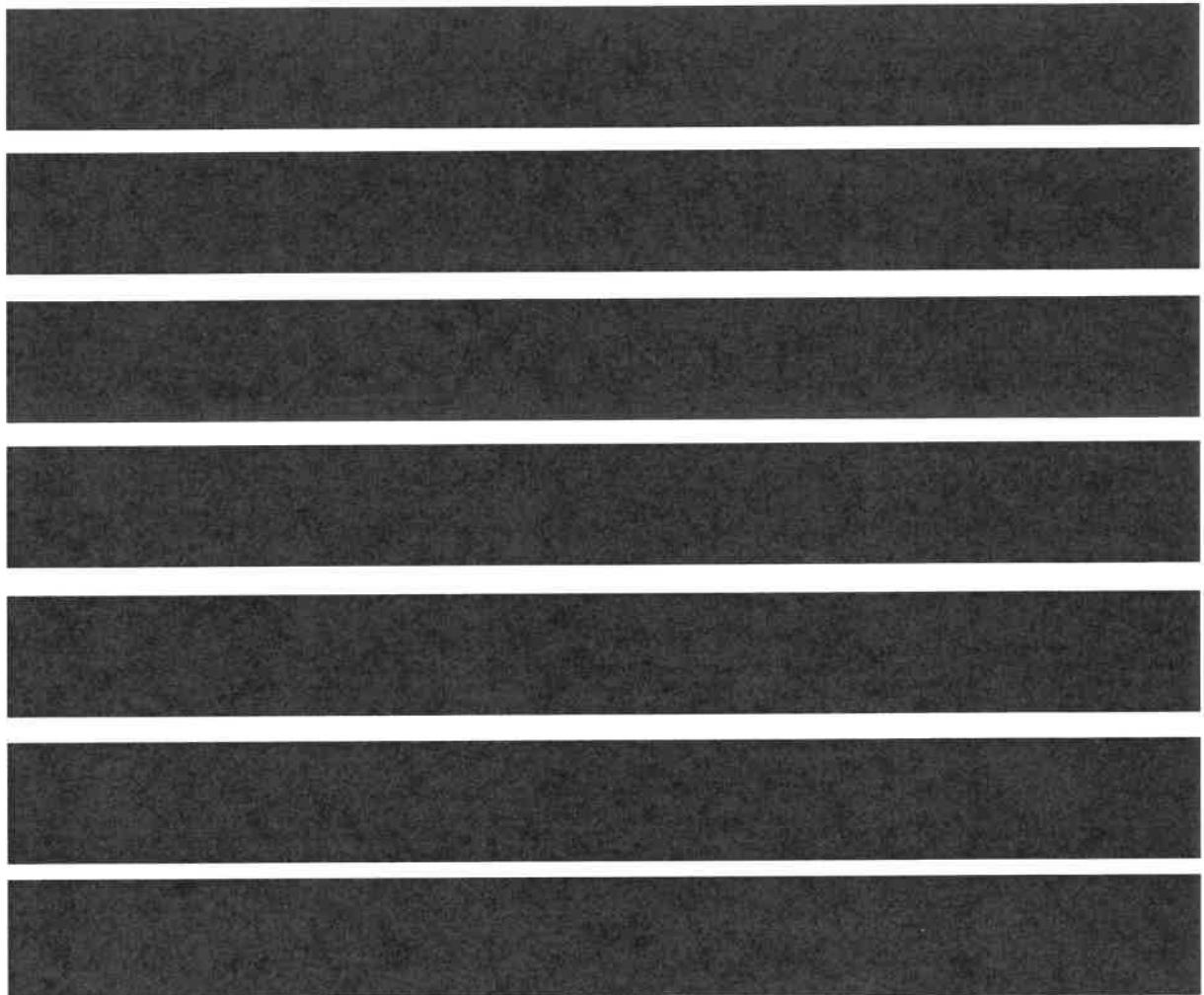
2.3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

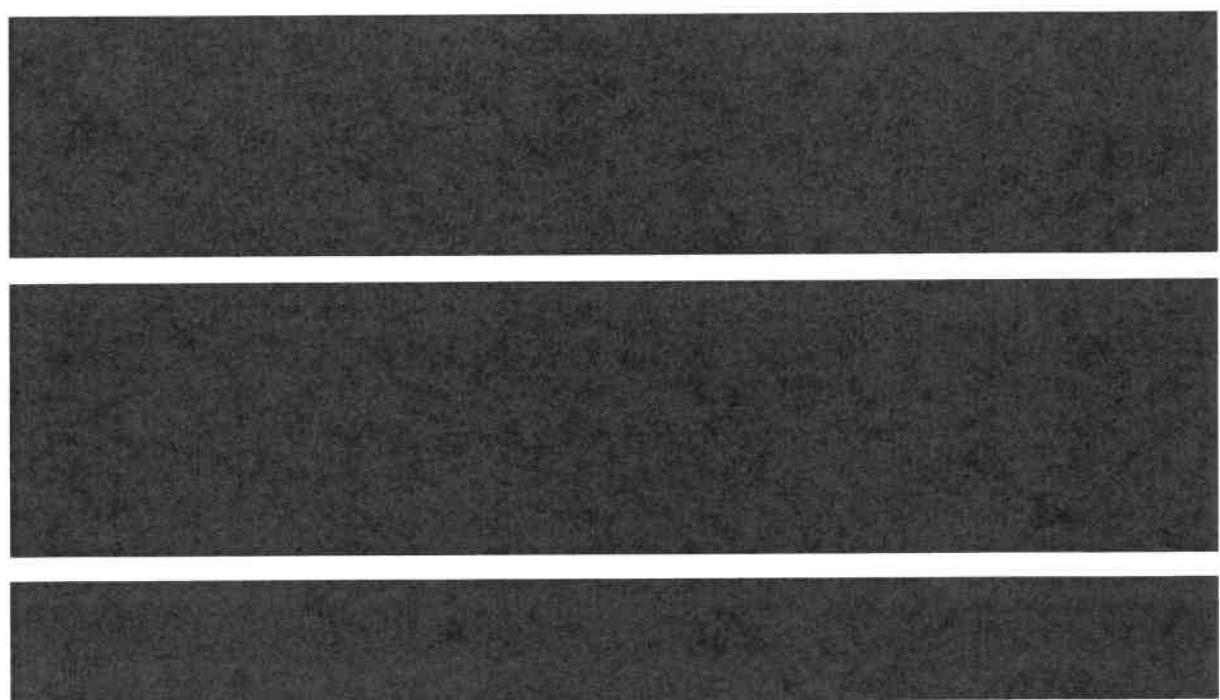
03 In eigener Sache

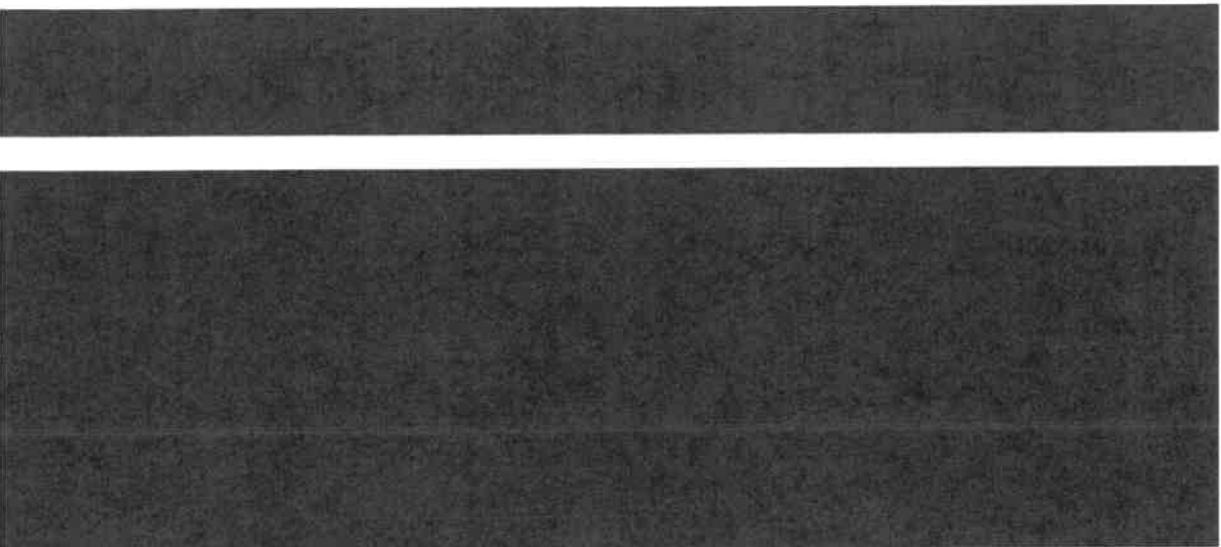
Gespräch über die Sitzungskultur





04 Standorte





4.2 St. Franziskus

Gespräche mit dem Bauamt Lübeck

Herr Gronemeyer berichtete von einem Gespräch am 2. Juli 2025 im Bauamt gemeinsam mit [REDACTED]. Ursprünglich war das Treffen auch mit der Leiterin des Bauamts, Frau Belchhaus, geplant, sie war jedoch zunächst entschuldigt und kam später hinzu. [REDACTED]

[REDACTED] präsentierte grafisch aufbereitete Ergebnisse und verwies auf den gültigen Bebauungsplan von 1971, der das Grundstück als „Gemeinbedarf Kirche“ ausweist. Aus Sicht der Kirche ist dieser Plan bindend. Die Position: Wenn ein Drittel des Grundstücks für eine Kindertagesstätte genutzt wird, sei damit der Gemeinbedarf erfüllt.

Andere Vertreter des Bauamts vertraten jedoch die Auffassung, dass der Gemeinbedarf für das gesamte Grundstück gelte. Auf den verbleibenden zwei Dritteln sei aus Sicht der Verwaltung nur betreutes Wohnen möglich. Diese abweichenden Positionen führten zu Verunsicherung. Das Gespräch nahm eine angespannte Wendung, insbesondere als [REDACTED]

[REDACTED] das Grundstück grundsätzlich nur mit gefördertem Wohnraum bebauen wollte. Ein freier, gewinnorientierter Wohnungsbau wurde von der Stadt ausgeschlossen. Die Umsetzung eines genossenschaftlichen Modells müsse daher nicht erneut mit der Stadt abgestimmt werden. Sollte ein Antrag auf Förderung gestellt werden, müsse dieser zeigen, dass die Wohnungen für Menschen mit geringem Einkommen zugänglich sind.

Die Gesprächsatmosphäre wurde als zunehmend schwierig beschrieben. Frau Belchhaus erklärte jedoch, dass die Stadt weiter gesprächsbereit sei. Ein weiterer Gesprächstermin ist geplant, ein Datum steht noch nicht fest.

Ein zusätzliches Thema betraf die Prioritätenliste der Stadt für das kommende Jahr, die am 1. Juli veröffentlicht wurde. Die darin aus Sicht der Beteiligten unzureichende Berücksichtigung des Bauvorhabens wurde von [REDACTED] als enttäuschend bewertet.

Das Bauamt stellt weiterhin den dringenden Bedarf an Kita-Plätzen am Standort Moisling heraus. Herr Hagenkötter wies darauf hin, dass die Förderung von Kita-Bau durch bestimmte Mittel zwar nicht durch die Kirchengemeinde selbst genutzt werde, man den Bau einer Kita aber grundsätzlich begrüße. Priorität habe für die Pfarrei jedoch der Wohnungsbau.

Im Zusammenhang mit den Bebauungsplänen wurde ein aktueller Gesetzesvorschlag zu § 31 Abs. 3 BauGB als relevant erachtet. Dieser sieht vor, dass Gemeinden im Einzelfall oder bei vergleichbaren Fällen zugunsten des Wohnungsbaus von den Festsetzungen eines Bebauungsplans abweichen können, sofern keine erheblichen Umweltauswirkungen

zu erwarten sind. Sollte diese Regelung Gesetz werden, könnte dies die Verhandlungsposition gegenüber der Stadt Lübeck stärken und die Verwertbarkeit des Grundstücks erhöhen.

Es wurde darüber diskutiert, ob das Grundstück auch für freies oder studentisches Wohnen genutzt werden kann. Das UKSH kommt aufgrund der Entfernung zum Campus nicht mehr als Interessent in Frage. Eine Rückmeldung des Studentenwerks steht noch aus; dort ist bislang nicht bekannt, dass an dem Standort zwingend eine Kita vorgesehen ist.

Ansgar Speer berichtete vom Interesse des ASB Lübeck, der derzeit ein geeignetes Grundstück (ca. 6.000 m²) sucht. Der ASB wäre grundsätzlich bereit, dort auch eine Kita zu errichten, was dem Kriterium des Gemeinbedarfs entsprechen würde. Ein ähnliches Modell wurde bereits in Itzehoe im Rahmen einer Erbpachtregelung realisiert.

Herr Gronemeyer nahm darüber hinaus Kontakt zur Caritas auf und forderte entsprechende Unterlagen an. Abschließend schlug Herr Hagenkötter vor, einen Abrissantrag für die bestehenden Gebäude zu stellen, um eine rechtssichere Grundlage für die weiteren Planungen zu schaffen. Die Genehmigung solle möglichst frühzeitig vorliegen.

4.3 **Hl. Geist**

Absprachen mit der Polnischen Kath. Mission

Propst Giering berichtet, dass in der letzten Sitzung erstmals ein konkretes Ziel für die Immobilie Heilig Geist formuliert wurde. Demnach soll der Standort Hl. Geist im kommenden Jahr als sogenannte Sekundärimmobilie geführt werden, was bedeutet, dass der Standort künftig eigenständig wirtschaftlich tragfähig sein muss. Dabei wurde jedoch betont, dass die Pfarrei Eigentümerin der Immobilie bleibt. Die polnische Mission habe den Wunsch geäußert, bestehende Baumängel – insbesondere an Heizung und feuchten Stellen – zu beheben. Gleichzeitig bestehe Klärungsbedarf hinsichtlich der finanziellen Gesamtsituation. Ein erstes Gespräch dazu fand am 1. Juli mit dem Bauausschuss statt, am Sitzungstag folgte nun vorab die Beratung im Finanzausschuss (Frau Dr. Pulz und Herr Gronemeyer mit Herrn R. Malczak und Frau Adamska von der polnischen Mission zu den Finanzausgaben und möglichen Finanzierungen durch die polnische Mission).

Herr Dr. Günter informierte, dass am 1. Juli eine Sitzung des Bauausschusses mit Beteiligung von Herrn Stenzel stattgefunden habe. Diese schloss eine Begehung der Heizungsanlage ein. Fachlich wurde festgestellt, dass die bestehende Gasheizung durch einen modernen Brennwertkessel ersetzt werden muss. Auch Fenster und eine Außenwand sind sanierungsbedürftig. Beschlossen wurde zunächst der Austausch der Heizung. Ein Energieberater soll in den weiteren Planungsprozess eingebunden werden. Die sogenannten „Kümmerer“ werden nun beauftragt, gemeinsam mit dem Energieberater ein belastbares Angebot zu erstellen und Vorschläge für eine mögliche stufenweise Umsetzung zu erarbeiten. Nach Vorlage des Angebots soll das Vorhaben in den Kirchenvorstand eingebracht und anschließend über das Bistum (Herr Stenzel) genehmigt werden. Dr. Günter erklärte seine grundsätzliche Unterstützung für diesen Weg.

Frau Dr. Pulz erläuterte das Ergebnis des Gespräches vor der Sitzung zum Thema Finanzen. Die Ausgaben des Jahres 2024 sowie die Nebenkostenabrechnung des gesamten Standorts wurden vorgestellt. Dabei fiel auf, dass die Nebenkosten für eine Fläche von rund 120 m², die die Finanzbuchhaltung des EGV nutzt, aktuell zu niedrig angesetzt sind. Für die polnische Mission leistet das EGV regelmäßige bis 2024 6000 €,

jetzt nur noch 2000 €/Jahr Zahlungen, jedoch erfolgt keine Mietzahlung im engeren Sinne. Die syrische Gemeinde zahlt lediglich 600 Euro jährlich. Jede Kostenposition – einschließlich der Spenden der polnischen Mission in Höhe von ca. 16.000–17.000 Euro – wurde einzeln durchgesehen. Sollte die Spendentätigkeit auf diesem Niveau bleiben oder leicht steigen, könnte ein ausgeglichener Haushalt für den Standort erreicht werden, ohne auf Rücklagen zurückgreifen zu müssen. Ein weiteres Gespräch ist für Anfang September geplant. Die polnische Mission signalisiert langfristiges Interesse; eine regelmäßige Überprüfung im Zwei-Jahres-Rhythmus wird als sinnvoll angesehen, bleibt aber verhandlungsoffen.

Propst Giering ergänzte, dass die jährlichen Unterhaltskosten für Heilig Geist aktuell bei rund 40.000 Euro liegen – ohne Einbeziehung von Personalkosten wie Organist oder Sekretariat. Die Berechnungen wurden gemeinsam mit Pfarrer Mariusz Pastor Drwal vorgenommen.

Herr Hagenkötter verwies auf die Notwendigkeit eines Grundsatzbeschlusses zur künftigen Ausrichtung des Standorts. Dabei müsse klar zwischen allgemeinen Mitteln und standortbezogenen Rücklagen unterschieden werden. Letztere belaufen sich derzeit auf ca. 180.000 Euro und wurden in den vergangenen zwei Jahren ausschließlich aus Mitteln der polnischen Mission gebildet. Dieser Darstellung wurde jedoch widersprochen, da ein Drittel aus Pflichtrücklagen der Pfarrei stammt.

Sollte dieses Budget ausgeschöpft sein, müsse über eine mögliche Schließung nachgedacht werden – oder die polnische Gemeinde müsse den Standort eigenständig finanzieren.

Propst Giering sprach sich für einen Richtungsbeschluss bis spätestens September aus. Die Zukunft der deutschen Gemeinde inklusive des Sekretariats sei ungeklärt.

Herr Hagenkötter wies darauf hin, dass ein finanzielles Engagement der Pfarrei zugunsten der polnischen Mission möglicherweise dazu führen würde, dass das Erzbistum keine weiteren Mittel bereitstellt. Sollte die Mission jedoch mangels Unterstützung durch die Pfarrei gefährdet sein, sei das Erzbistum aus seiner Sicht verpflichtet, einzutreten.

Die Entscheidung zur künftigen Nutzung und Finanzierung von Heilig Geist soll in der Septembersitzung des Kirchenvorstands getroffen werden. Die bauliche Umsetzung ist der Finanzierungsfrage nachgeordnet. Eine Klärung mit der polnischen Mission, ist unter Einbeziehung des Erzbistums vorgesehen. Die Fachexpertise liegt beim FAF; möglicherweise kann ein entsprechender Antrag bereits im August eingebracht werden.

Frau Dr. Pulz, Herr Propst Giering sollen als Schnittstelle zum Erzbistum dienen, Herr Gronemeyer soll einen Termin machen.

4.3.1 Bau

4.3.2 Finanzen

4.4 St. Paulus

Für das Haushaltsjahr 2024 wurde ein Überschuss von 8.678 Euro erzielt, wobei Personalkosten wie für Organisten oder Sekretariate nicht enthalten sind.

In der Diskussion betonte Herr Nürnberg, dass bei Sekundärimmobilien grundsätzlich keine Kirchensteuermittel eingesetzt werden dürfen. Er wies darauf hin, dass im Fall einer

Schließung des Standorts Kosten für Organist und Sekretariat entfallen würden.

Frau Dr. Stümpel ergänzte, dass es sinnvoll sei, beide Arten von Kostenrechnungen gegenüberzustellen – sowohl mit als auch ohne Personalaufwand –, um bei Gesprächen mit dem Erzbistum tragfähige Argumente vorlegen zu können.

Herr Hagenkötter stellte zur Diskussion, ob es aus strategischer Sicht sinnvoll sei, gerade St. Paulus zu verkaufen. Er verwies auf das hohe finanzielle Potenzial des Standorts, der im Fall eines Verkaufs rund 3 Millionen Euro einbringen könnte. Im Vergleich dazu sei St. Georg durch den Denkmalschutz deutlich schwerer zu vermarkten.

Herr Dr. Günter hielt dem entgegen, dass die in St. Paulus aktiven Gruppen nicht ohne Weiteres auf St. Georg übertragbar seien. Er würdigte das Engagement vor Ort und sprach sich für eine Fortführung aus, sofern der Standort sich selbst tragen könne.

Propst Giering strukturiert die Diskussion auf drei Ebenen: Erstens, ob der Standort als Vermögenswert sinnvoll zu veräußern wäre; zweitens, ob das Engagement vor Ort den kirchlichen Auftrag rechtfertigt; drittens, wie die finanzielle Lage konkret aussieht. Dafür müssten belastbare Zahlen vorliegen.

In Bezug auf die Standortentwicklung äußerte Herr Speer, dass man Timmendorfer Strand und Travemünde nicht gleichsetzen könne – für touristische Nutzung sei Timmendorf kaum zu übertreffen. Herr Nürnberg merkte an, dass bei einer Rückgabe einer Wohnung durch die Malteser etwa die Hälfte der aktuellen Mieteinnahmen wegbrechen würde.

Propst Giering stellte die Frage, ob man – analog zu Heilig Geist – in ein strukturiertes Gespräch eintreten wolle, mit dem Ziel, St. Paulus als Sekundärimmobylie zu führen, die sich wirtschaftlich selbst trägt.

Herr Dr. Brüggemann stellte die grundsätzliche Frage nach dem pastoralen Ziel der Präsenz an diesem Standort. Der Ort ziehe viele Menschen an und habe Potenzial. Herr Gronemeyer verwies auf Erfahrungen in Dahme, wo durch das ehrenamtliche Engagement eines gemeinnützigen Vereines in zehn Jahren rund 300.000 Euro akquiriert und die Kirche erfolgreich saniert wurde. Er zeigte sich zuversichtlich, dass sich auch für St. Paulus positive Entwicklungen ergeben könnten.

Propst Giering bestätigte, dass seit der Stärkung der Initiative vor Ort deutliche Fortschritte zu erkennen seien. Es habe sich ein großer Kreis ehrenamtlich Engagierter gebildet, und das Angebot sei erweitert worden. Auch vonseiten der Stadt bestehe Interesse am Erhalt. Es müsse jedoch weiterhin die Frage gestellt werden, ob eine zukünftige Vermarktung des Standorts grundsätzlich in Betracht gezogen werden solle.

Herr Hagenkötter wies auf die Schwierigkeit hin, eine größere Zahl von Standorten dauerhaft zu betreuen und organisatorisch zu sichern.

Frau Dr. Stümpel meinte, dass die Instandhaltungskosten für St. Paulus vergleichsweise gering ausfallen dürften. Im Zusammenhang mit dem Sesam-Prozess müsse grundsätzlich geprüft werden, welche Standorte pastoral tragfähig bleiben.

Im Rahmen von Sesam gilt weiterhin: Kirche dort, wo ehrenamtliches Engagement vorhanden ist.

Propst Giering betonte abschließend, dass die finanzielle Situation von St. Paulus sorgfältig und transparent geprüft werden solle. Ein entsprechendes Gespräch mit Frau Otto sei bereits in Planung. Ansprechpartner für den weiteren Prozess ist das Gemeindeteam. Zwei Gesprächstermine sollen geplant werden.

Gründung eines gemeinnützigen Vereines und Zusammenarbeit

4.5 St. Vicelin – JPZ Information Anl

Die Bauarbeiten schreiten planmäßig voran: Abbrucharbeiten sind abgeschlossen, Fenster eingebaut, das Dach ist dicht. Im Juni wurden alle Installationen (Heizung, Wasser, Strom) verlegt und in der Sakristei eine Trockenbauwand für ein barrierefreies WC errichtet. Im Juli erfolgen Ausbauarbeiten an den Herren-WCs, Estricharbeiten im großen Raum sowie Umbauten im Bürobereich (Fenster, Heizung, Elektrik, Wandabriß). Zudem starten Arbeiten im Außenbereich (Parkplätze, Hintereingang). Finanzell liegen die Ausgaben mit 50 % im geplanten Rahmen. Ein Problem besteht bei der defekten Entwässerungsanlage, die neu verlegt werden muss. Ein Angebot wird eingeholt; der EGV übernimmt 50 % der Kosten.

4.6 St. Bonifatius – Z.B.L Information

Die Bauvoranfrage wurde im März 2024 eingereicht und im Juli abgelehnt, da Gutachten zu Bäumen und Fauna fehlten – anders als in anderen Regionen üblich. Nach einer Begehung mit der *Untere Naturschutzbehörde* (UNB), Bauamt und Denkmalpflege im Oktober wurden nötige Gutachten benannt. Es folgten Vermessungen, Baum- und Faunagutachten. Im April 2025 erklärte die UNB, dass einige Bäume gefällt werden dürften – nicht jedoch der Mammutbaum und die Birke, ohne Wurzelgutachten. Für die Birke wurde ein solches erstellt: Sie ist gesund. Für den Mammutbaum wurde wegen hoher Kosten darauf verzichtet.

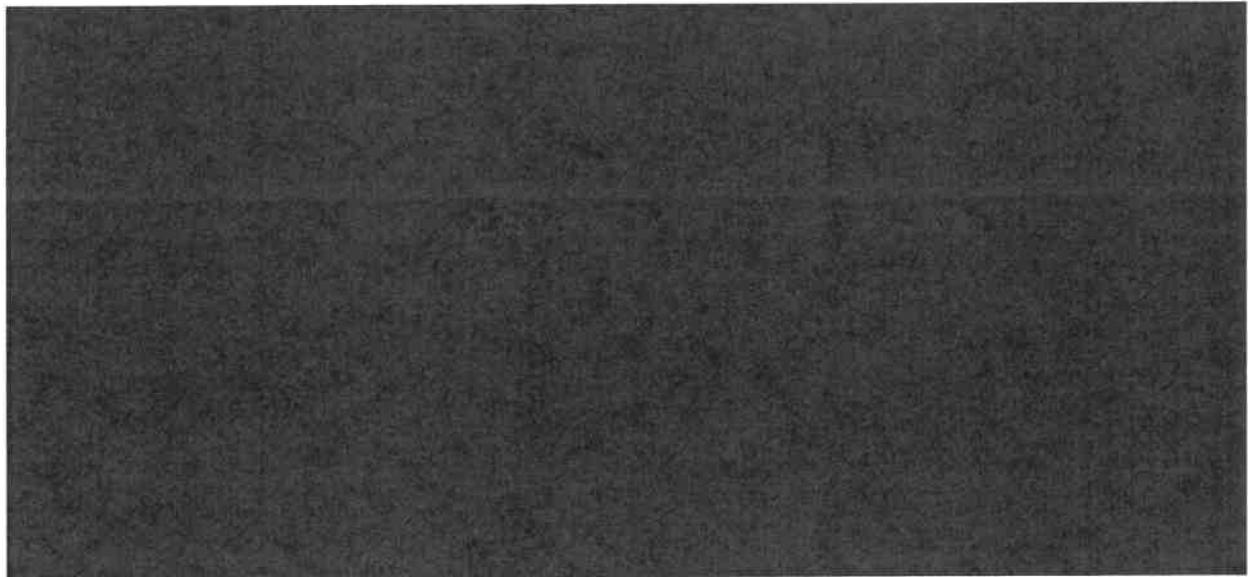
Parallel zeigten sich Risse im Kirchenboden. Die Denkmalbehörde sieht als Lösung entweder eine Wurzelsperre oder die Fällung des Mammutbaums vor. Am 15. Juli 2025 findet eine erneute Begehung statt – inklusive Kostenschätzung für eine Wurzelsperre. Ziel ist es, die Fällgenehmigung für den Mammutbaum zu erhalten und durch Neupflanzungen ökologisch auszugleichen.

05 Bericht aus dem PPR (Sitzung am 08.07.)

Frau Dr. Stümpel berichtet, dass die Vorsitzende Dr. Angelika Hüppe wegziehen und die Ämter niederlegen werde. Der Vorstand muss somit um eine Person erweitert werden. Außerdem wurde sich mit Sesam beschäftigt. Viele offene Fragen und Diskussionsbedarf.

06 Fachausschuss Personal (Sitzung am 09.07.)

6.1 Bericht des Vorsitzenden (Herr Nürnberg)



07 Fachausschuss Bau (Sitzung am 01.07.)

7.1 Bericht des Vorsitzenden (Herr Dr. Günter)

Herz Jesu:

- Zum Kindergarten Herz Jesu wurden ein Zaun und eine Buchenhecke errichtet; sechs Pflanzen sind schädlingsbefallen und müssen ersetzt werden. Das Tor wird nach dem 07.07.2025 eingebaut. Kostenaufteilung erfolgt zwischen Pfarrei und Abteilung Kindergärten.
- Die Orgelsanierung wurde vorzeitig und im Kostenrahmen abgeschlossen, inkl. neuer Sakristeitür und überarbeiteter Orgelbank.
- Die Kitatreppe benötigt einen neuen Handlauf,
- Mehrere Holztüren müssen gestrichen werden (ca. 5.000 €). Im Haus der Begegnung werden Sanitärarbeiten in der Sommerschließzeit durchgeführt (ca. 3.000 €).
- Die Kirchenbeleuchtung wird überarbeitet, Treiber der LED-Leuchten wurden neu bestellt (Lieferzeit ca. 6 Wochen). Das Rollgerüst wird nach Teilabschluss abgebaut. Die Fassade des Kuriengebäudes muss wegen zu hoher Feuchte und Salzgehalt umfassend saniert werden – Spezialputz wird von Firma Remmers entwickelt, Maurerarbeiten folgen evtl. ab September 2025, Malerarbeiten 2026. Abstimmung mit Herrn Stenzel erforderlich.
- Der Lift zur Krypta wird durch Firma Otis für 2.900 € instandgesetzt.

St. Joseph:

- Herr Stenzel empfiehlt die gleichzeitige Überarbeitung von Regen- und Schmutzwasserentwässerung, gefördert durch das Erzbistum.
- Herr Kraus führt Arbeiten in der Wohnung über der Sakristei in Eigenleistung durch.
- Fenster im Gemeindehaus sind neu, WLAN reaktiviert.
- Eine bunte Hecke an der Straßenseite ist für ca. 2.500€ geplant.

Heilig Geist:

- Die marode Heizungsanlage soll durch ein Gas-Brennwertgerät ersetzt und ggf. durch erneuerbare Energien ergänzt werden. Kostenschätzung: ca. 42.000€.
- Weitere geplante Maßnahmen: Austausch von 42 Fenstern, Wanddämmung zur Goerdelerstraße.
- Ein Energiekonzept wird mit externer Beratung entwickelt. Beschluss: einstimmig.

St. Vicelin:

- Die Arbeiten am Jugendpastorale Zentrum liegen im Zeit- und Kostenrahmen (ca. 220.000€), Abschluss für September 2025 geplant.
- Kapelle soll zum Gemeindebüro umgebaut werden (ca. 15.000€); Wasser- und Abwasseranschlüsse sollen vorgesehen werden.
- Eine Brandschutzbegehung ist geplant.

St. Georg:

- Entwässerungsarbeiten abgeschlossen.
- Regenrinnen sollen überarbeitet werden.
- Arbeiten zum Turmfalkenschutz laufen.

Liebfrauen, Maria Königin, St. Franziskus:

- Verkehrssicherung muss weiter gewährleistet werden. Alternativen zu Bauzäunen (z. B. Toranlagen oder Fake-Kameras) werden geprüft. Kosten für die Fake-Kameras liegen bei 1500€. Bei echten Kameras wäre die Frage, wer sich die Bilder anschaut.

St. Bonifatius:

- Entwässerungsarbeiten abgeschlossen.
- Malerarbeiten beginnen im Juli.
- Kita: Efeu entfernt, Mauer soll gesichert werden.

Nächste Sitzung des Bauausschusses: Am 02.09.2025, 19:15 Uhr im Haus der Begegnung, Herz Jesu.

08 Fachausschuss Finanzen (Sitzung vom 21.5.2025) 8.1 Bericht der Vorsitzenden (Frau Dr. Pulz)

Keine Neuigkeiten. Am 23.07.2025 ist die nächste Sitzung

09 Verschiedenes

9.1 Kath. J. Prassek Schule - Gespräch am 13.06.

Soll bei der nächsten Sitzung besprochen werden, wenn Herr Dr. Bolz anwesend ist.

9.2 Bistumsprojekt SeSam -

9.3 Termine Kirchenvorstand

- KV-Vorbereitung: Do 24.07. um 08.30 Uhr im Haus der Begegnung
- KV 18. Sitzung: Do 07.08. um 19.15 Uhr in St. Paulus, Timmendorf

Verschiedenes

Neues Programm Sommer in St. Paulus

Gebet

Pause nach Vereinbarung

Propst Giering beendet die Sitzung mit einem Gebet (22:04 Uhr).



Philippe Solbach (Protokoll)